

**TOP:** 9

**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

**Federführendes Amt** :Hauptamt

Datum

27.11.2018

Drucksache-Nr.:01-91-2018

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Kultur- und Sozialausschuss	22.11.2018	Empfehlung				
Stadtverordnetenversammlung	13.12.2018					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremen**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt die in der Anlage beigefügte 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremen.

**Beratungsergebnis:**

Gremium: Sitzung am: TOP

Anz. Mitgl. :19 dav. anwesend Ja..... Nein..... Enthalt.....

Laut Besch.vorlage..... Abweichender Beschl.(Rückseite).....

eingbracht durch :Bürgermeister  
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

#### **Problembeschreibung/Begründung**

Am 3. Juli 2018 ist das Erste Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in Kraft getreten. Die gesetzlichen Änderungen betreffen die ergänzende Einwohnerbefragung in § 13 BbgKVerf sowie die Neueinführung des § 18 a zur Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen.

Änderungen im Einzelnen:

### **1. Ergänzung des § 13 BbgKVerf durch Einwohnerbefragung**

Gemäß § 13 BbgKVerf beteiligt und unterrichtet die Gemeinde die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen, *Einwohnerbefragungen (Ergänzung)* oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung, Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.

Durch die Formulierung "sollen" in § 13 Satz 2 BbgKVerf verdeutlicht der Gesetzgeber, dass neben den bereits in der Vorgängerregelung enthaltenen Formen der Einwohnerbeteiligung auch das Format der Einwohnerbefragung durch die Kommunen als regelmäßig anzuwendende Form der dialogorientierten Einwohnerbefragung eingeführt und praktiziert werden soll.

Einzelheiten können in der Hauptsatzung oder in einer gesonderten Satzung geregelt werden. Auf die Regelung von Einzelheiten kann aber nicht generell verzichtet werden.

Dies bedeutet im Ergebnis, dass in die Hauptsatzung zunächst eine Regelung zur obligatorischen Durchführung von Einwohnerbefragungen mit aufgenommen werden muss.

Einzelheiten in der Stadt Kremmen sollten in einer gesonderten Einwohnerbeteiligungssatzung geregelt werden.

Änderungen sind aus der beigefügten Satzung zur 2. Änderung der Hauptsatzung ersichtlich.

### **2. Neueinführung: Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gem. § 18 a BbgKVerf**

Die Gemeinde sichert gemäß § 18 a Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.

Die Hauptsatzung bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen.

Die Gemeindevertretung kann einen Beauftragten für Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen benennen. Für den Beauftragten gilt § 18 Abs. 3 entsprechend.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es zweckmäßiger ist, wenn ein Beauftragter den Kindern und Jugendlichen Unterstützung bietet und als Ansprechpartner die Beteiligungsprojekte mit organisiert und begleitet.

Aufgrund dessen empfehlen der Kultur- und Sozialausschuss wie auch die Satzungskommission in einem 1. Schritt, einen Beauftragten zur Wahrnehmung der Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen zu benennen und in einem 2. Schritt 2019 über die unterschiedlichen Formen (wie z.B. Jugendparlament, Kinder- und Jugendbeirat, Infonetze, Anhörungen, Zukunftswerkstatt, Befragungen, Kinder- und Jugendbüro) detailliert unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen im Kultur- und Sozialausschuss der Stadt Kremen zu beraten.

Der Kultur- und Sozialausschuss hat am 22.11.2018 über die Kinder und Jugendbeteiligung beraten und gibt einstimmig die Empfehlung zur Aufnahme in die Hauptsatzung der Stadt Kremen.

Als Anlage ist die Satzung zur 2. Änderung der Hauptsatzung beigelegt.

gez. Bianca Haak  
Hauptamtsleiterin

.....

.....





## **2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen**

Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) in der zurzeit gültigen Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen in ihrer Sitzung am 13.12.2018 folgende 2. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen beschlossen:

Die Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 27.03.2009 zuletzt geändert durch die 1. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen vom 25.03.2013 wird wie folgt geändert.

### **Artikel 1**

Die §§ 3, 4 a werden wie folgt neu gefasst:

#### **§ 3**

#### **Einwohnerbeteiligung und -unterrichtung (§ 13 BbgKVerf)**

(1) Neben Einwohneranträgen (§ 14 BbgKVerf), Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (§ 15 BbgKVerf) beteiligt die Stadt Kremmen ihre betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:

1. Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung, Ausschusssitzung und Ortsbeiratssitzung
2. Einwohnerversammlung
3. Einwohnerbefragung

Absätze 2 und 3 werden gestrichen.

Absatz 4 wird zu Absatz 2.

Absatz 5 wird zu Absatz 3.

Absatz 6 wird zu Absatz 4.

#### **§ 4 a**

#### **Kinder- und Jugendbeauftragte (§ 18a BbgKVerf)**

Die Stadtverordnetenversammlung benennt auf Vorschlag des Bürgermeisters zur Wahrnehmung der Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen einen Kinder- und Jugendbeauftragten. Die Tätigkeit des Kinder- und Jugendbeauftragten ist ehrenamtlich und zeitlich an die Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung gebunden. Nach Ablauf der Wahlperiode führt der Kinder- und Jugendbeauftragte die Tätigkeit bis zur Neubenennung eines Kinder- und Jugendbeauftragten fort.



## **Artikel 2**

Die Satzung zur 2. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Kremmen,

Sebastian Busse  
Bürgermeister